

Linke warnen vor «Ausverkauf des Trinkwassers»

TA 13.2.18

Im Kanton Zürich sollen sich künftig private Investoren an der Wasserversorgung beteiligen dürfen. Diesen umstrittenen Passus setzte die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat gegen den erbitterten Widerstand der Linken durch. Der private Eingriff in eine der wichtigsten Staatsaufgaben könnte das neue, über Jahre erarbeitete Wassergesetz gefährden. Die SP kündigte gestern ein Referendum gegen den «Ausverkauf des Trinkwassers» an.

Obwohl nur Minderheitsbeteiligungen und keine Gewinnabschöpfungen vorgesehen sind, befürchtet die Linke einen ersten Schritt zur vollen Privati-

sierung. Das Misstrauen der Linken gegenüber privaten Geldgebern ist gross. Dabei führen sie als abschreckendes Beispiel eine ähnliche Teilprivatisierung aus Berlin auf, die am Ende zu viel höheren Wasserpreisen führte und durch eine Volksabstimmung abgelehnt wurde. Für die bürgerliche Mehrheit ist dieser Schritt eine Kleinigkeit, mit der man die Zusammenlegung von Gemeindewerken erleichtern will. Die Linke ist mit dem ganzen Wassergesetz unzufrieden, da es das Privateigentum höher gewichtet als den Schutz des Wassers und da es nach ihrer Ansicht gegen übergeordnetes Recht verstösst. (sch) - Seite 21

Pa
B
ti
Ri
Pa
be

Service

Kommentare & Analysen

U.